

# Konstitutionelles Bürgerblatt

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntabend. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämum.:

für Stadt und Land.

1910 5 71  
Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Neue Folge No. 1.

Dienstag, den 3. October.

1848.

Das Bürgerblatt erscheint vom October an in erweiterter Gestalt, 3 mal wöchentlich, Dienstag, Donnerstag u. Sonntabend, ohne Erhöhung des bisherigen Preises. Der Preis pro Vierteljahr für Halle und unmittelbare Abnehmer beträgt 7½ Sgr.; bei den Postanstalten und im Buchhandel 10 Sgr. Bestellungen auf das Blatt nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten an, sowie die Verlagshandlung von Ed. Heynemann, Märkerstraße 453.

Inhalt: Programm. — Deutsche Nationalversammlung. — Ist die Republik wirklich eine wohlfeile Regierung? — Ueber die Nothwendigkeit eines Bürgervereins. — Konstit. Club zu Halle.

Das „Bürgerblatt“ wird vom ersten October ab in erweiterter Gestalt unter dem Namen: „Konstitutionelles Bürgerblatt für Stadt und Land“

erscheinen. Ohne den engeren Kreis des städtischen Lebens, dessen Besprechung es bisher vorzugsweise gewidmet war, aufzugeben, wird es fortan auch die politischen Fragen mehr, als es bisher geschehen konnte, in den Kreis seiner Besprechung ziehen. Es wird diese Fragen vom Standpunkt einer bestimmten politischen Partei aus behandeln, der Partei, welche die demokratisch-konstitutionelle Monarchie will. Dieser Partei bietet sich das Blatt zum Organ an und rechnet auf ihre Unterstützung. Wir deuten kurz die Grundsätze an, welche uns dabei leiten werden. Denn die weitere Ausführung derselben bleibt der fortschreitenden Entwicklung vorbehalten, und ihre nähere Bestimmung wird aus der Behandlung der einzelnen Fragen erhellen.

Wir wollen die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage. Wir erkennen in der konstitutionellen Monarchie die Staatsform, welche in sich die Bürgerschaft der Kraft, Festigkeit und Dauer trägt, ohne die Freiheit des Volks zu verkürzen. Aber sie leistet dies nur dann, wenn sie aufrichtig und entschieden durchgeführt wird und weder dem Absolutismus noch der Republik zum Vorwand dient. Innerhalb der konstitutionellen Monarchie aber wollen wir die Demokratie, wir wollen sie gerade in dieser Form, weil ihre volle Durchführung nur unter dem Schutz eines festen und dauerhaften Staatsgebäudes gelingen wird. In Preußen ist durch seine ganze Geschichte die Demokratie vorbereitet. Es gilt jetzt die Durchführung und Vollendung der demokratischen Institutionen, welche Stein und Scharnhorst seit 1808 hervorgerufen, und welche auch die spätere falsche Politik wohl zu verkümmern aber nicht zu zerstören vermocht hat. Die politischen Standesvorrechte müssen fallen, der bäuerliche Grundbesitz muß von den noch auf ihm ruhenden Lasten befreit, die gewerblichen Verhältnisse müssen durch eine zweckmäßige und allseitig gerechte Gewerbeordnung geregelt, die Steuern zur Erleichterung der ärmeren Klassen nach dem Maaße der Steuerkraft vertheilt werden. Die Wehrverfassung trenne nicht ferner Bürger und Soldat von einander, die Gemeinde in Stadt und Land verwalte ihre Angelegenheiten selbständig, die Volksschule werde gehalten und die höhere Bildung allen zugänglich gemacht, und der Kirche werde eine selbständige Entwicklung gesichert.

Wir halten ferner dafür, daß Preußens Zukunft allein an eine entschieden deutsche Politik geknüpft ist. In dem Maße, als es bei sich die Demokratie verwirklicht und Deutschland seinen starken Arm reicht, wird es die Stellung an der Spitze Deutschlands erringen, die ihm nach seiner Lage und Geschichte naturgemäß zukommt.

Für die Verfassung Deutschlands weist uns seine tausendjährige Geschichte darauf hin, daß sie ebenso der Einheit des Volks als der Vielheit seiner Stämme Rechnung tragen müsse. Die Lösung beider Aufgaben wird in einem Bundesstaat gelingen, der den Verfassungen der Einzelstaaten entsprechend nach konstitutionellen Grundsätzen zu bilden ist. Wir wollen namentlich, daß alle Kraft des deutschen Volkes um die Centralgewalt sich schaare, die Trägerin seiner Einheit und Freiheit. Denn nur durch eine starke Centralgewalt wird Deutschland dem Auslande gegenüber eine Achtung gebietende Stellung einnehmen können. Das sind die Grundsätze, welche wir hier vertreten werden.

Der Inhalt des Blattes wird ein dreifacher sein. Leitende Artikel werden die Tagesfragen im Sinne unserer Partei besprechen. Berichte aus Frankfurt und Berlin, den dermaligen Mittelpunkten des deutschen Lebens, so wie Mittheilungen aus der Provinz Sachsen, namentlich aus den konstitutionellen Vereinen und Bürgerversammlungen werden sich anschließen und wie schon erwähnt, städtische und lokale Angelegenheiten genügende Besprechung finden.

### Die Redaction.

#### Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 25. Septbr.

Kein Wort über die Gefahren mehr, denen wir durch die Energie unsres Ministeriums entronnen sind: so rasch geht die Zeit und so schlimm ist diese Zeit, daß wir, stets gerüstet und stets zu neuem Kampf bereit, nicht zurückblicken dürfen auf das traurig Vergangene. Es ist so, wie Bakide zu dem Abgeordneten der Centralgewalt in Paris gesagt haben soll. „Die Anarchie in den Straßen, sagte er, habt Ihr besiegt: aber in Eurer eignen Mitte, im Parlament selbst, sitzen unbehindert die Urheber der Anarchie.“ Es ist bekannt, daß Zitz, Schlöffel, Wesendonck, Simon von Trier die Redner jener Volksversammlung waren, welche die Majorität in der Waffenstillstandsfrage für Volksverräther erklärte und in welcher der Angriff gegen die Nationalversammlung, der Barrikadenkampf und der Aufruhr gepredigt wurde. Es ist gewiß, daß Blum und Simon gleich am Sonnabend Abend nach jener denkwürdigen Abstimmung über den Waffenstillstand die Massen haranguirten: „Jetzt müßten die Märztage wiederholt, jetzt losgeschlagen werden — —“ und was des Aufregenden und Sträflichen mehr war. Wenig verhüllter redet das Parteiblatt jener Männer. Die Reichstagszeitung, von Blum und Günther redigirt, entblödet sich nicht, jenen frechen Aufruhr als eine „nutzlose Vergeudung heldenmüthiger Begeisterung“ zu bezeichnen, sie wagt es, den verbrecherischen Zweck des Aufstands in Abrede zu stellen, und sie wirft mit unsäglichlicher Frechheit auf das Ministerium, auf Gagern, auf die ganze Majorität den Verdacht schlecht verhehlter reaktionärer Tendenzen. Ja, man geht noch weiter. Von der Linken ergeht eine öffentliche Aufforderung, für die Gefallenen und Verwundeten aus dem Bürgerstande Geldbei-

träge einzuliefern, und die Linke ist es, welche das Begräbniß der Barrikadenmänner zu einem öffentlichen Aufzug zu benutzen versucht, wobei Zimmermann von Stuttgart als Redner auftreten soll. Diese perversen Absichten hüllen sich in die Formen scheinheiliger Sentimentalität, und das einfache Dilemma: Ob Gesetz oder ob Gesetzlosigkeit, wird dergestalt verhüllt und verdunkelt, daß bei dem armen, verblendeten Volke die Verwirrung aller politischen und sittlichen Begriffe immer gefährlicher wächst.

Das Ministerium, glücklicher Weise, entwickelt gegen diese Umtriebe dieselbe Energie, welche es bei der Unterdrückung des Aufstandes zeigte; es hat mit Berufung auf den Belagerungszustand jene Todtenfeier untersagt und es hat in der heutigen Sitzung auf eine Interpellation den Bescheid gegeben, daß auch die Mitglieder der Nationalversammlung keiner anderen juridischen Exemption genossen, als der, daß zur Verhaftung derselben die Zustimmung des Hauses eingeholt werden müsse.

Unter solchen Umständen kömmt natürlich Alles darauf an, ein solches Ministerium zu stützen, und unter allen Gefahren ist bei Weitem die größte in der mangelhaften Organisation der Centren gelegen. Wenn jetzt nicht die Freunde der Ordnung und gesetzlichen Freiheit sich fest zusammenschaaren, wenn wir durch die Geister unsrer Ermordeten uns nur wie jener Hamlet zu Träumen statt zu Thaten anregen lassen, dann, ohne Zweifel, wird das Schicksal der Girondisten auch das unsrige sein. Aus dieser Einsicht heraus ist Manches geschehen, zu Manchem wenigstens der Entschluß gefaßt worden. Namentlich nach der Partei des linken Centrum blicken wir mit Sorge und Hoffnung. Das linke Centrum ist bisher eine Pflanzschule der Linken gewesen. Wie ein böser Krankheitsstoff zog sich dort immer die Neigung

nach links zusammen; schon einmal hatte dies den Austritt derjenigen zu Folge, denen die übrige Masse nicht entschieden, nicht radikal genug war, und es ist nicht unmöglich, daß über kurz oder lang ein neuer derartiger Austritt erfolgt. Wo möglich nun diese an der Grenze von rechts und links sich haltenden Männer von dem Ueberschreiten dieser Grenze abzubringen, das ist die Absicht, welche wir zunächst durch eine Verschmelzung aller der, der Linken gegenüberstehenden Fractionen und durch die Bildung eines von ihnen allen beschickten Comité directeur zu erreichen suchen. Ein nicht geringeres Uebel, an dem wir krankten, ist die Indolenz vieler in unsrer Partei. Durch ertheilte Urlaubsgesuche, durch unbeurlaubt Abwesende werden unsre Reihen decimirt; aus uns werden die Ministerien zusammengesetzt, aus uns die Gesandten an fremde Höfe bestellt, und so eine Menge gerade der tüchtigsten Mitglieder consumirt. Auch hiergegen haben wir Vorkehrungen getroffen, unsere Abwesenden sind Namens der Partei sämmtlich zurückberufen, die Anwesenden werden verpflichtet, uns nicht zu verlassen. Dagegen droht uns ein unerföhlicher Verlust. Möglich, daß Vincke niemals wieder in der Paulskirche erscheint. Nach seiner Anschauung der Verhältnisse kann die Linke wirksam nur dadurch bekämpft werden, daß man ihren Prinzipien ein eben so unerbittliches Prinzip mit eiserner Konsequenz entgegensetzt, und er findet dies Prinzip bekanntlich in seinem „Rechtsboden“, in der Theorie, daß die Gesamtverfassung Deutschlands von der Nationalversammlung mit den Einzelregierungen zu vereinbaren sei. Ist es ihm nun an sich schon peinlich, daß er sich mit diesem Prinzip fast völlig isolirt in der Versammlung befindet, so empfindet der wackere Mann noch viel schmerzlicher, daß er der bestehenden Majorität, statt nützlich, zuweilen sogar schädlich wird. Denn unbeugsam, ja eigensinnig, wie er ist, hat ihn wiederholt die Treue an seinem Prinzip auf die Tribüne gerufen, um gegen die Interessen und Ansichten der Majorität zu sprechen. Hat er zuweilen, eben deshalb, die Enthaltbarkeit gehabt, lieber aus der Versammlung fortzubleiben, als, seinem Prinzip getreu, gegen die Majorität zu stimmen, so ist doch bei einem solchen Verhalten und einer solchen Stellung eine stätige und erfreuliche Wirksamkeit nicht möglich. Er glaubt unter solchen Umständen der Sache seines engeren Vaterlandes mehr nützen zu können, als der des gesammten Deutschlands — ja, er fürchtet, daß nach den letzten Ereignissen auf dem von der Majorität eingehaltenen Wege jene gehoffte Einheit Deutschlands überhaupt nicht zu Stande kommen werde; er entschließt sich, nach alle dem, die Versammlung in Frankfurt zu verlassen.

Die Mittheilung hievon, als sie uns gestern von Vincke selbst in einer Generalversammlung der näheren und ferneren Anhänger des rechten Centrum gemacht wurde, verfehlte nicht, auf uns Alle den niedererschlagendsten Eindruck zu machen. Der Verlust eines der glänzendsten Talente, nachdem so eben auch Lychnowski's redfertiger Mund für immer verstummt ist — nicht das

ist das Schlimmste. Schlimmer ist der moralische Effekt eines Beispiels, welches Andere nach sich ziehn, Andere verzweifeln machen würde. Das Schlimmste aber ist dies, daß mit Vincke's Austritten die Partei der äußersten Rechten gleichsam eingeht, zu existiren aufhören würde. Die Centren nach rechts nicht mehr gedeckt, würden unfehlbar nach links herabgedrückt werden, die Versammlung würde, wenn sie sich nicht mit allen Kräften aufrastete, in die Gewalt der Revolution fallen, die Majorität würde vielleicht bald zur Minorität werden. Es versteht sich, daß wir es sofort an Vorstellungen dieser Art bei Vincke nicht fehlen ließen. Die Anerkennung und Anhänglichkeit, die sich bei dieser Gelegenheit für ihn aussprach, vermochten wenigstens so viel, daß er in Rührung das Versprechen gab, seinen Entschluß aufs Neue in reifliche Ueberlegung zu nehmen.\*) Gott gebe, daß sie ausfällt, wie es das Heil des Vaterlandes erfordert!

R. Haym.

(Beschluß folgt.)

### Ist die Republik wirklich eine wohlfeile Regierung?

Als in Deutschland die republikanischen Bewegungen begannen, und es den sogenannten Demokraten daran liegen mußte, den großen Haufen für sich zu gewinnen, so gab es kein besseres Mittel, diesen Zweck zu erreichen, als die unzählige Mal wiederholte Behauptung, daß die Republik eine wohlfeilere Regierung sei. Wenn auch noch nicht durch Zahlen nachgewiesen wäre, daß die neue französische Republik bereits mehr kostet als Louis Philipp's 18 Regierungsjahre zusammen genommen; wenn diese Thatsache auch nicht vorläge, so müßte man billig fragen: Worin soll denn das Wohlfeile der Republik liegen? Kann die Monarchie nicht eben so wohlfeil regieren? Bedürfen beide Staatsverfassungen z. B. nicht dasselbe Militär, dieselben Beamten u. s. w.? Die einzige Minderausgabe würde der geringere Gehalt sein, welchen der Präsident der Republik empfängt. Aber Cavaignac hat sich seinen Gehalt bereits verdoppeln lassen, und in der That ist diese Mehrausgabe für einen königlichen Haushalt kaum erwähnenswerth gegenüber den Vortheilen, welche die Monarchie bringt. Wenn Preußen z. B. gegen 70 Mill. Ausgaben zu bestreiten hat, so will ein königliches Jahrgeld von 2—4 Mill. um so weniger etwas sagen, als dieses Geld ja wieder ausgeben wird, und mancher Arbeiter brodlos sein würde, da gewisse Luxusgegenstände nur von Königen gekauft werden. Was eine gerechtere Vertheilung der Steuer, eine bessere Verwendung derselben, kräftige Unterstützung des Handels und der Gewerbe anlangt, so sind diese in einer konstitutionellen Monarchie viel sicher-

\*) Nach den neuesten Nachrichten hat sich Vincke zu bleiben entschlossen und seine Partei ist neu organisiert.

B.



rer zu erreichen als in einer Republik, da in beiden die Kammern darüber Gesetze zu geben haben bei der Monarchie aber die Krone und ihre Minister den Parteikampf in den Schranken der Gerechtigkeit und Billigkeit zu erhalten verpflichtet sind. Wählt man brave Volksvertreter, so erhält man gute Gesetze.

Wenn also an und für sich die Wohlfeilheit der demokratischen Republik nicht einzusehen ist, so lehrt uns die Geschichte, daß sie in ihrer Folge allesamt nur Unglück über ihre Bürger gebracht haben. Daher ist es sehr unvorsichtig von Hr. Rawald, wenn er im Beiblatt der 226. Nummer des hall. Couriers behauptet: „Wir wissen aus der Weltgeschichte, daß allenthalben, wo demokratische Republiken existirt haben, nur in diesen die Völker sich am glücklichsten befunden haben und groß wurden, durch die Intelligenz und das Wohlbefinden der Bürger, durch die gehobene Industrie, durch das Blühen der Künste und Wissenschaften.“ Es läßt sich viel sagen über Republik, besonders wenn man von der Sache so wenig als möglich versteht; wer aber so dreist ist und sich mit seinen Behauptungen auf den positiven Boden der Geschichte stellt, giebt seine Sache verloren. So weit meine Geschichtskennntniß reicht, — und ich habe bereits seit 10 Jahren vorzugsweise Geschichte studirt — spricht die Geschichte entschieden fürs Gegentheil.

(Beschluß folgt.)

### Ueber die Nothwendigkeit eines Bürgervereins.

Obchon unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo sowohl von Seiten der fälschlich sogenannten Demokraten als auch von reactionär gesinnten Vereinen Gefahr droht, ein festes Zusammenhalten der Bürger noth thut, um jenen beiden Parteien einen festen organisirten Widerstand entgegenzusetzen zu können; obchon die Besprechung über städtische Angelegenheiten gegenwärtig von größerer Wichtigkeit wird als früher, weil ein guter Staatsbürger zuvor ein guter Stadtbürger sein muß: so ist dennoch die hiesige Bürgerschaft ohne Zusammenhalt, ohne Vereinigungsorgan geblieben. Denn der Kern, die Mehrzahl der Einwohner ist ohne organisirte Theilnahme am öffentlichen Leben, so daß er wehrlos dasteht gegen das leidenschaftliche Treiben feck absprechender, in praktischen Dingen ganz unerfabrener Sünlinge.

Die eben ausgesprochenen Bemerkungen brachten den Unterzeichneten auf den Gedanken, eine Vereinigung der Bürgerschaft durch Bildung eines Bürgervereins zu versuchen. Er legte dem konstitutionellen Club seinen Plan zur Prüfung vor, und fand nicht nur bei ihm, sondern auch bei vielen seiner Mitbürger aufmunternde Theilnahme und rege Unterstützung. Der Club ernannte aus seiner Mitte vier Männer; die Hrn. Jac-

tor Bolke, Stadtrath Heise, Justizcommissar Gödecke und Lederhändler Friedrich, damit sie in Verbindung mit dem Antragsteller einen kleineren Kreis von Bürgern zur vorläufigen Berathung über die Bildung eines Bürgervereins einberufen und die Einleitung zur Eröffnung des Vereins selbst treffen möchten.

Ein vom Unterzeichneten entworfenes Statut wurde nach einigen Abänderungen angenommen und in ihm zwei Punkte als wesentliche Grundlagen des Vereins festgehalten. Der Verein stellt sich auf konstitutionellen Boden und nimmt als ordentliche Mitglieder nur Bürger und Schutzverwandte auf. Zum 3. October (Mittwoch) wird an die Bürger eine Einladung zur Gründung des Vereins ergehen und hofentlich viel Theilnahme finden.

Der Verein wird von wesentlicher Bedeutung sein. Zunächst wird die Bürgerschaft als Corporation ein Organ haben, ihre staats- und stadtbürgerlichen Wünsche und Ansichten zur Besprechung, Prüfung und Ausführung zu bringen. Man wird sich ferner gegenseitig näher kennen lernen, und bald werden die tüchtigsten Männer bemerkbar werden, so daß man zur Wahl der Stadtverordneten bewährte Candidaten hat. Diese so wie andre Wahlen können ferner im Verein besprechen und eine Candidatenliste entworfen werden. Petitionen und Adressen sind leicht zur Mittheilung und Unterschrift zu bringen. Die gewerblichen Interessen, die jetzt so hochwichtig sind, können durch das Zusammentreten von Hunderten kräftig gemeht werden. Endlich ist dem Mißbrauch von Adressen im Namen der Bürgerschaft mit Einem Schlaage ein Ende gemacht.

Möge das Unternehmen also Theilnahme und Unterstützung finden, da es ja im Interesse der Bürgerschaft angeregt und begonnen ist!

Fr. Körner.

### Konstit. Club zu Halle.

Halle, den 28. September. Der konstitutionelle Club hielt heute seine regelmäßige Sitzung im Locale des kühlen Brunnens ab. Herr Körner theilte die Statuten mit, welche zur Gründung eines neuen Bürgervereins entworfen worden sind. Prof. Burmeister gab einen Bericht über den Bestand der deutschen Flotte, so weit dieselbe bereits in Hamburg vollständig ausgerüstet liegt. Dr. Wolf sprach über den Struvschen Einsall in das Badische Oberland und über das ehrenwerthe Benehmen, welches das Militär auch hier, wie überall gegenüber diesen hochverrätherischen Angriffen bewiesen hat. Zuletzt wurde die neue Gemeindeordnung besprochen und ein neuer Vorstand gewählt. Mitglieder desselben sind Dr. Wolf, Barnitsen, Burmeister, Hase, Fritsch, Gödecke, Fubke, Eckstein, Dr. Barries, Jacob, Körner und Friedrich.

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentlich drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntag. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
fürs Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 1.

Dienstag, den 3. October.

1848.

Das Bürgerblatt erscheint vom October an in erweiterter Gestalt, 3 mal wöchentlich, Dienstag, Donnerstag u. Sonntag, ohne Erhöhung des bisherigen Preises.

Der Preis pro Vierteljahr für Halle und unmittelbare Abnehmer beträgt 7½ Sgr.; bei den Postanstalten und im Buchhandel 10 Sgr. Bestellungen auf das Blatt nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten an, sowie die Verlagsbuchhandlung von

Ed. Heynemann, Märkerstraße 453.

Inhalt: Programm. — Deutsche Nationalversammlung. — Ist die Republik wirklich eine wohlfeile Regierung? — Ueber die Nothwendigkeit eines Bürgervereins. — Konstit. Club zu Halle.

Das „Bürgerblatt“ wird vom ersten October ab in erweiterter Gestalt unter dem Namen: „Konstitutionelles Bürgerblatt für Stadt und Land“

erscheinen. Ohne den engeren Kreis des städtischen Lebens, dessen Besprechung es bisher vorzugsweise gewidmet war, aufzugeben, wird es fortan auch die politischen Fragen mehr, als es bisher geschehen konnte, in den Kreis seiner Besprechung ziehen. Es wird diese Fragen vom Standpunkt einer bestimmten politischen Partei aus behandeln, der Partei, welche die demokratisch-konstitutionelle Monarchie will. Dieser Partei bietet sich das Blatt zum Organ an und rechnet auf ihre Unterstützung. Wir deuten kurz die Grundsätze an, welche uns dabei leiten werden. Denn die weitere Ausführung derselben bleibt der fortschreitenden Entwicklung vorbehalten, und ihre nähere Bestimmung wird aus der Behandlung der einzelnen Fragen erhellen.

Wir wollen die konstitutionelle Monarchie auf demokratischem Grundla-

Wir erkennen in der konstitutionellen Monarchie die Staatsform, welche Kraft, Festigkeit und Dauer trägt, ohne die Freiheit des Volks zu verkümmern; nur dann, wenn sie aufrichtig und entschieden durchgeführt wird und weder der Republik zum Vorwand dient. Innerhalb der konstitutionellen Monarchie Demokratie, wir wollen sie gerade in dieser Form, weil ihre volle Durchführung eines festen und dauerhaften Staatsgebäudes gelingen wird. In Preußen schichte die Demokratie vorbereitet. Es gilt jetzt die Durchführung und Vollziehung der konstitutionellen Institutionen, welche Stein und Scharnhorst seit 1808 hervorgerufen, und welche falsche Politik wohl zu verkümmern aber nicht zu zerstören vermocht hat. Die Privilegien müssen fallen, der bäuerliche Grundbesitz muß von den noch auf dem Lande herrschenden Vorrechten befreit, die gewerblichen Verhältnisse müssen durch eine zweckmäßige und allseitige Regelung geregelt, die Steuern zur Erleichterung der ärmern Klassen nach der Möglichkeit vertheilt werden. Die Wehrverfassung trenne nicht ferner Bürger und Land, die Gemeinde in Stadt und Land verwalte ihre Angelegenheiten selbständig, die Bildung müsse allen zugänglich gemacht, und der Kirche ihre Entwicklung gesichert.

